# Geset=Sammlung

für die

## Königlichen Preußischen Staaten.

### Nr. 12. —

(Nr. 9375.) Gefet, betreffend die Abanderung des §. 19 Absat 1 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. Bom 20. März 1890.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

#### Artifel T

An die Stelle des §. 19 Absatz 1 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 268) tritt folgende Vorschrift:

§. 19. Mit Königlicher Genehmigung kann zukunftig nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 13 bis 18 angerechnet werden:

1) die Zeit, während welcher ein Beamter

a) sei es im In- oder Auslande als Sachwalter oder Notar fungirt, im Gemeinde-, Kirchen- oder Schuldienste, im ständischen Dienste, oder im Dienste einer landesherrlichen Haus- oder Hosperwaltung sich befunden, oder

b) im Dienste eines fremden Staates gestanden hat;

2) die Zeit praktischer Beschäftigung außerhalb des Staatsdienstes, insofern und insoweit diese Beschäftigung vor Erlangung der Anstellung in einem unmittelbaren Staatsamte herkömmlich war.

#### Artifel II.

Dieses Geset tritt mit dem Tage der Berkundigung in Rraft.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, ben 20. März 1890.

## (L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismard. v. Boetticher. v. Maybach. Frhr. Lucius v. Ballhausen. v. Goßler. v. Scholz. Herrfurth. v. Schelling. v. Verdy. Frhr. v. Berlepsch.

Redigirt im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gebrudt in der Reichsbruderei.

# Wefes Sammlung

für die

## Ronigliden Prengischen Staaten

## Nr. 12.

Nr. 9375.) Geset, betreffend die Abanderung des g. 19 Absat 1 des Pensionsgesetzes vom 27. Marz 1872. Vom 20. Marz 1890

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ze. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

An die Stelle des S. 19 Absat 1 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Sammt. S. 268) tritt selgende Vorschrift:

S. 19. Mit Königlicher Gesehnigung kann zufünftig nach Maßgabe der Bestimmungen in den §S. 13 bis 18 angerechnet werden:

1) die Beit, während welcher ein Beanner

a) zei es im In- ober Auslande als Sachwalter oder Rotar fungirt, im Gemeinde-, Kirchen- oder Schuldienste, im ständischen Dienste, oder im Dienste einer landescherrlichen Haus- oder Hosperwaltung sich befunden, oder

b) im Dienfte eines fremben Stantes gestanden bot:

2) die Zeit praftischer Beschäftigung außerhalb des Staatsbienstes, insofern und insoweit diese Beschäftigung, vor Erlangung der Anstellung in einem unmittelbaren Staatsamte berkömmlich war.

Artifel II.

Dieses Geset tritt mit dem Tage der Verkündigung in Krast. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem öniglichen Instegel.

Gegeben Berlin, ben 20. Märg 1890.

(L S.) Wilhelm

Fürst v. Bismard, v. Boetticher, v. Manbard, Frbr. Lucius v. Ballbaufen. v. Goßler, v. Scholz, Herrfurth, v Schelling, v. Berby. Frbr. v. Berlanch

Rebigiet im Bureau bes Staatsministeriaans

Berlin, gebrufft, in ber Reichebruderei.

Ocf. Sammi. 1890. (Nr. 9375.)